

**Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**

(39. - öffentliche - Sitzung am 13. November 2019)

**Beratungsthemen:**

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung hochschulzulassungsrechtlicher Vorschriften**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/4251](#) neu

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wissenschaft und Kultur an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 5 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* GRÜNE, FDP

2. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**  
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4825](#)
- b) **Aufnahme der sexuellen Identität ins Grundgesetz**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4828](#)

Der Ausschuss kam überein, den Gesetzentwurf und den Antrag der Fraktion der FDP zusammen mit dem von der Fraktion der Grünen vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung der Diskriminierungsverbote in der Niedersächsischen Verfassung ([Drs. 18/5073](#)) zu behandeln, sobald dieser dem Ausschuss überwiesen wurde. Er bat die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzung mündlich zu den Gesetzentwürfen und dem Antrag Stellung zu nehmen und den Ausschuss über den Stand ähnlicher Initiativen auf Bundesebene zu unterrichten.

3. a) **Entwurf eines Reformgesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge in Niedersachsen**  
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1524](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes und der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3693](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch.

Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung an, den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, AfD

*Ablehnung:* FDP

*Enthaltung:* -

Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses an, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Vorlage 12 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD

*Ablehnung:* GRÜNE, FDP

*Enthaltung:* -

4. **24. Bericht über die Tätigkeit der Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen für die Jahre 2017 und 2018**  
Unterrichtung durch die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen - [Drs. 18/3840](#)

Die Landesbeauftragte stellte dem - mitberatenden - Ausschuss ihren Bericht vor und beantwortete Fragen aus den Reihen des Ausschusses.

5. **Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien-Clans**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1521](#)

Der - federführende - Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch Vertreter des Innen- und des Justizministeriums entgegen und setzte die Antragsberatung fort. Er bat das Justizministerium, den Ausschuss erneut mündlich zu unterrichten, wenn die dortigen Überlegungen zur Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Clankriminalität fortgeschritten sind.

6. **„Häuser des Jugendrechts“ sind schon jetzt ein Erfolgsmodell!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/4487](#)

Der Ausschuss ließ sich vom Justizministerium über den Sachstand unterrichten und beriet über den Antrag.

Einen Antrag des Ausschussmitgliedes der Fraktion der Grünen, die Beratung zu unterbrechen, bis das für den Frühling 2020 angekündigte Ergebnis der Evaluation der fünf bestehenden Häuser des Jugendrechts vorliegt, lehnte der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der AfD gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der Grünen und der FDP ab.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, den Antrag unverändert anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* GRÜNE, FDP

7. **Niedersachsen soll Vorreiter bei der regelmäßigen Berichtslegung über die Kriminalitätslage werden**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2573](#)

Auf Vorschlag des Ausschussmitgliedes der Fraktion der Grünen bat der - federführende - Ausschuss die Landesregierung um schriftliche Unterrichtung über periodische Sicherheitsberichte in anderen Bundesländern bzw. Überlegungen zur Einführung solcher Berichte.